
Den Schwung verloren: Öster- reichs Wirtschaftsentwicklung 1750-1830

Rezension von: Hermann Freudenberger,
Lost Momentum. Austrian Economic
Development 1750s-1830s,
Böhlau Verlag, Wien u.a. 2003,
301 Seiten, 45 €.

Herman Freudenberger zählt zu jenen US-amerikanischen Wirtschaftshistorikern, die sich um die Erforschung der ökonomischen Entwicklung der Habsburgermonarchie besonders verdient gemacht haben. In seinem Vorwort weist der Autor darauf hin, dass Studien aus fünf Jahrzehnten in das vorliegende Werk eingeflossen seien. Freudenberger wählte für sein *opus magnum* einen komparativen und interdisziplinären Zugang. Ansätze aus Volkswirtschaftslehre, Politikwissenschaft und Soziologie werden herangezogen, um die komplexen wirtschaftlichen Entwicklungsprozesse in den Alpenländern und in den Böhmisches Ländern (Böhmen, Mähren und Schlesien), auf die sich Freudenberger konzentriert, zu untersuchen. Häufig vergleicht er die ökonomischen Veränderungen in diesen Teilen Cisleithaniens mit jenen in anderen Teilen Westeuropas, insbesondere in Deutschland.

1. Die Kernthesen

Freudenbergers Hauptthese besteht darin, dass sich Österreich gegen Ende des 18. Jahrhunderts – und selbst noch 1810 – auf Grund der institutionellen Reformen und der Wirtschaftspolitik von Maria Theresia und Joseph

II. sowie der Initiativen zahlreicher risikobereiter, innovationsfreudiger in- und ausländischer Unternehmerpersönlichkeiten in einer verglichen mit Preußen und anderen Regionen Westeuropas (mit Ausnahme Englands) günstigen wirtschaftlichen Position befunden habe. In den zehner und zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts sei dieser ökonomische Schwung, wie schon der Titel sagt, verloren gegangen, und Österreich habe den Anschluss an die wirtschaftlich führenden Länder Kontinentaleuropas eingebüßt.

Der Verfasser unterscheidet somit drei Entwicklungsabschnitte: Eine Phase rascherer wirtschaftlicher Entwicklung habe nach dem Österreichischen Erbfolgekrieg begonnen und – wenn gleich mehrmals unterbrochen durch mehr oder weniger starke kurzfristige Rückschläge – bis 1810 oder 1815 angehalten. Gefolgt sei eine Periode der Verlangsamung und Reorganisation ab 1811 bzw. spätestens 1816, die – regional unterschiedlich – bis ca. 1825 oder bis in die frühen dreißiger Jahre gewährt habe. Danach sei erneut eine Beschleunigung des Wachstums eingetreten.

Freudenberger legt den Schwerpunkt seiner Studie nicht auf die Ressourcenausstattung der Habsburgermonarchie, sondern auf die Initiativen von Schlüsselakteuren in der obersten Bürokratie und in der Unternehmerschaft. Im Kapitel 2 des Abschnitts I und im II. Abschnitt befasst er sich mit der staatlichen Wirtschaftspolitik, d. h. mit der Gestaltung der institutionellen Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns, mit Infrastrukturpolitik und staatlichen Interventionen in den privaten Sektor.

Im Mittelpunkt stehen dabei die Versuche der aufgeklärten Herrscher Maria Theresia und Joseph II. sowie der

liberal gesinnten Bürokratie in der Folgezeit, die verkrusteten institutionellen Strukturen aufzubrechen, insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis zwischen adeligen Grundherren und leib-eigener Bauernschaft sowie im Bereich des Gewerbes. Alles in allem stellt Freudenberger einen graduellen Wechsel der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik fest: von einem eher interventionistischen Kurs in den 1750er und 1760er Jahren zu einem liberaleren Kurs, welcher sich die Überwindung der adeligen und zünftischen Privilegiengesellschaft und die Etablierung des Rechtsstaats zum Ziel setzte.

Abschnitt III schließlich beschäftigt sich mit den gewerblich-industriellen Gründungsaktivitäten, Investitionsentscheidungen und Innovationen von Unternehmerpersönlichkeiten aus den Reihen der Kaufmannschaft, der Handwerker, der Bankiers und insbesondere des Adels.

2. Die theresianischen Reformen

Der Verlust Schlesiens bot den Anlass für die umfassenden theresianischen Reformen. Die nachhaltige Finanzierung der für die Rückgewinnung Schlesiens und die Erhaltung des Großmachtstatus erforderlichen stehenden Armee setzte eine erhebliche Steigerung der Steuereinnahmen voraus. Diese wiederum, so eine der zentralen Erkenntnisse der Kameralisten, hing von einer florierenden Wirtschaft ab, insbesondere von einer prosperierenden Bauernschaft.

Die Schaffung eines starken Zentralstaates war für die merkantilistische Politik Mittel und Endzweck zugleich. Schwerpunkte des theresianischen Reformprogramms bildeten die Steuerpolitik, die Entlastung der Bauernschaft durch eine Neuordnung der juristischen

und ökonomischen Beziehungen zwischen Grundherren und abhängigen Bauern sowie die Gewerbepolitik, welche auf die Zurückdrängung der Zünfte und die Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen für innovative gewerblich-industrielle Unternehmer abzielte. Das Reformtempo, das die Herrscherin und ihre Berater einschlugen, war maßvoll: „Maria Theresia seemed to understand intuitively that every change upset an old equilibrium and required a period of response and adjustment for a new one to be formed.“ (S. 27)

Die Steuerpolitik stand vor den schwierigen Aufgaben, die unüberschaubare Vielfalt von Abgaben (51 verschiedene in den 1780er Jahren) einzudämmen, für die Einhebung nach klaren, vorhersehbaren und nachprüf-baren Regeln zu sorgen und die Steuerlast gerechter zu verteilen: Nach geltendem Recht konnten Steuern nur auf das Pachtland der Bauern, nicht auf das Eigenland der Grundherren erhoben werden. „Until the end of the eighteenth century the noble landowners ... had in essence been able to shift the total burden of taxation to their peasants. At the same time they considered it as a basic prerogative, which they often misused, to assign and collect taxes from their subordinate subjects.“ (S. 72) Wenn auch diese ambitiösen Ziele nur ansatzweise erreicht werden konnten, wurde doch die Grundlage für den modernen Steuerstaat gelegt. Zudem begünstigten die steuerpolitischen Maßnahmen die Ausbreitung der Geldwirtschaft auf Kosten der Naturalwirtschaft.

2.1 Die Bürde der Bauern

Ausführlich geht Freudenberger auf die Lage der Bauernschaft ein, welche

die Bevölkerungsmehrheit stellte. („Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an der erwerbstätigen Bevölkerung insgesamt lag 1790 bei 75 Prozent ...“¹) In der bestehenden Zwangsjacke der Leibeigenschaft bestanden für die Bauern so gut wie keine Leistungsanreize. Sie unterlagen teilweise willkürlicher Besteuerung (in Form von Natural- und Geldabgaben, Robot, An- und Verkaufszwang an den Grundherren, Zehent), und Übergriffe von Grundherren, die Pachtstellen ihrem Eigenland zuschlugen, waren nicht selten.

Freudenberger fasst die deplorable Situation der abhängigen Bauern und ihre ökonomischen Konsequenzen kurz und prägnant zusammen: „A repressive regime such as this left little if any other option for the peasants, the overwhelming majority of the Austrian taxpayers, than to stoically eke out a minimal existence. Among other things, this meant that the peasantry qua consumers could not function well as a catalyst for economic development. Unable to put aside anything for future contingencies or for ‚middling‘ consumer goods, and fearful that any surplus would swiftly be taxed away, the peasant family listlessly produced its required goods.“ (S. 75) „... the peasant-taxpayer was left in a position of permanent desperation with the awful question constantly in his mind: would he be able to retain enough for his and his family's continued existence?“ (S. 74) Robot stellte nicht nur eine extreme Belastung der Bauern, sondern auch eine höchst ineffiziente Form der Arbeitsleistung dar: Zeitgenossen schätzten das Ergebnis der Zwangsarbeit auf ein Drittel bis die Hälfte des Ertrags von Lohnarbeit. „In short, the Austrian tax system contributed greatly to reducing the potential output be-

low what should have been possible, even without devising a more promising incentive structure or improving the technology.“ (S. 76)

Aber selbst in Abwesenheit eines derart konfiskatorischen Steuersystems wären die Bauern rein physisch nicht zu erheblichen Mehrleistungen in der Lage gewesen. Freudenberger schätzt, dass in den 1780er Jahren in Österreich nur rund 2.000 kcal an Ernährung pro Kopf und Tag zur Verfügung standen: „... the Bohemian and Austrian peasants ... were in no condition to produce much of an excess energy beyond a subsistence level without which long term economic growth would be extremely difficult.“ (S. 45)

Die Reformen unter der Regierung Maria Theresias untergruben die Institution der Leibeigenschaft in erheblichem Ausmaß. In den 1770er Jahren wurden für die Länder verschiedene Gesetze verabschiedet, welche die Abgaben und sonstige Verpflichtungen, insbesondere die Arbeitsleistungen, der Bauern regelten und deren Rechte festlegten. Noch weiter gingen die Reformen Josephs II. (v. a. Leibeigenschaftspatent, Untertanenpatent und Strafpatent 1781), doch die in atemberaubendem Tempo und ohne Rücksicht auf mögliche Umsetzungsschwierigkeiten beschlossenen Maßnahmen stießen auf den heftigen Widerstand der adeligen Grundbesitzer. Nach 1790 konnte der Adel viele der in den achtziger Jahren dekretierten Reformen rückgängig machen.

Obwohl die Neuordnung der Beziehungen zwischen Grundherren und Bauern, die von Maria Theresia eingeleitet wurde, erst im Revolutionsjahr 1848 zur Vollendung gelangte, verbesserte sich die wirtschaftliche Lage der Bauern bereits in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts: Gemäß

Sandgruber (1978) stieg die Pro-Kopf-Produktion im Ackerbau in den Alpenländern zwischen 1789 und 1841 um 0,4% p. a. Und die verfügbare Nahrungsmittelproduktion pro Kopf und Tag erhöhte sich in Österreich bis 1830 auf ca. 3.000 kcal.

Das Gesamtresümee Freudenbergers über den Zustand und die Entwicklung der Landwirtschaft in Österreich während der Beobachtungsperiode fällt jedoch eher düster aus: „Altogether, however, the level of agricultural production was not very robust throughout the nineteenth century and economic development during the period 1750-1840 could not have been greatly helped by the agricultural sector.“ (S. 55)

2.2 Wirtschaftspolitik für Gewerbe und Industrie

Die Wirtschaftspolitik in der Zeit Maria Theresias und Josephs II. zur Förderung gewerblich-industrieller Aktivitäten in Österreich umfasste erstens grundlegende institutionelle Reformen, v. a. im Bereich der Gewerbeordnung und des Zollwesens, zweitens Infrastrukturpolitik (Verkehr, Bildung) und drittens eine Vielzahl von Interventionen im privaten Sektor (direkte und indirekte Wirtschaftsförderungen, Sanktionen, öffentliche Investitionen).

Eines der Hauptziele der Gewerbepolitik war das Zurückdrängen der Zünfte, die als wesentliches Hindernis für neue Produktionsverfahren und Organisationsformen erkannt wurden. Insbesondere die technisch fortgeschrittenen Produktionszweige und die Exportindustrien sollten von den Zunftfesseln möglichst weitgehend befreit werden. Schon ab den 1720er Jahren wurden Maßnahmen gesetzt, welche

darauf abstellten, die Zahl der legal außerhalb der Zünfte agierenden Handwerker und Gewerbetreibenden (Ausländer, Störer, Personen mit Schutzdekret, Hof- und Herrenbefreite) zu erhöhen. Die Gewerbeordnung von 1754 unterteilte in Polizeigewerbe, die für den lokalen Absatz arbeiteten, und Kommerzialgewerbe, die für die überregionalen und Exportmärkte produzierten, wobei für Letztere zünftische Konkurrenzbeschränkungen fast beseitigt wurden. Zu den in der Folge ganz freigegebenen Gewerben zählten vor allem die Textilgewerbe. Die Polizeigewerbe blieben viel stärker den zünftischen Beschränkungen unterworfen. Unter Joseph II. hörten zwar die Bestätigungen der Zunft- und Handwerksordnungen auf, zu einer Reform des Gewerbewesens kam es aber nicht. Erst 1809 folgte eine weitere wesentliche Ausweitung der Industrialfreiheit, welche die Kommerzialgewerbe zum Regelfall machte, während die Polizeigewerbe taxativ festgelegt wurden.

Die ökonomische Integration Österreichs wurde durch Zollmauern und unzureichende Verkehrsverbindungen behindert. 1775 fielen die Binnenzölle zwischen den meisten der österreichischen Länder (Ausnahmen: Tirol, Vorarlberg, Istrien). Die Verkehrspolitik sorgte für den Ausbau des Straßennetzes, einige Kanalbauten und die verbesserte Schiffbarkeit der Flüsse. Trotz all dieser Maßnahmen bildete Österreich, so Freudenberger, auch in den 1830er Jahren noch keinen einheitlichen Markt. Der Verfasser hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass der Deutsche Zollverein ein Ergebnis des Zusammenwirkens der kleinen süddeutschen Staaten und des Drucks von Unternehmerseite war, während die österreichische Zollunion von oben dekretiert wurde.

Eingriffe in den privaten Sektor erfolgten vor allem mit der Absicht, junge und/oder importsubstituierende bzw. exportorientierte Industriezweige zu fördern. Die Maßnahmen reichten von Subventionen, temporären Monopolen, Schutz gegen Zünfte, Befreiung von Importabgaben und Förderung der Zuwanderung von Fachkräften bis zu Kaufzwang, Importverboten, Schutzzöllen und Sanktionen bei Nicht-Einführung von technischen Neuerungen. Im Laufe des 18. Jahrhunderts verschob sich die Ausrichtung der Industrieförderung tendenziell von direkten zu indirekten Maßnahmen. „These interventions are evidence that the government played a significant role in the process of industrialization in the Habsburg monarchy, as it did elsewhere such as in Prussia.“ (S. 112)

3. Die Kriegszeit 1790-1815

Der ökonomischen Entwicklung Österreichs in der von Kriegen geprägten Periode zwischen 1790 und 1815 widmet Freudenberger im vorliegenden Band keine besondere Aufmerksamkeit. Alles in allem vertritt er jedenfalls die Ansicht, dass der Schwung, den die österreichische Wirtschaft ab der Mitte des 18. Jahrhunderts erreicht hatte, auch während der folgenden Phase anhielt: „I ... hypothesize that the monarchy had achieved a considerable economic momentum, ending probably in 1811 with the state bankruptcy of that year – a bankruptcy directly connected with the financing of the Napoleonic wars.“ (S. 18)

Auch Sandgruber beurteilt die wirtschaftliche Entwicklung zwischen dem Tode Josephs II. und dem Wiener Kongress im Großen und Ganzen positiv: „Die österreichische Wirtschaft

erfuhr im ausgehenden 18. Jahrhundert eine erste industrielle Wachstumsphase, die sich mit Unterbrechungen auch während der Napoleonischen Kriege fortsetzte. Inflation und Kontinentalsperre erzeugten eine Industrialisierungs- und Gründungswelle, für die die binnenländische Nachfrage zur entscheidenden Variablen wurden.“² Ähnlich Rumpler: „Kriegskonjunktur, Inflation und Kontinentalsperre waren Ausgangspunkt jener Gründungswelle, mit der in Österreich das Industriezeitalter begann.“³ Die meisten Autoren heben die Ambivalenz hervor: Positiven Aspekten wie der Gründungswelle, dem Aufblühen der Baumwoll-, der Wollwaren- und der Seidenindustrie unter dem Schutz der Kontinentalsperre und der Liberalisierung der Gewerbeordnung sowie zahlreichen punktuellen technischen und organisatorischen Innovationen in Industriebetrieben standen, so David Good in seinem Standardwerk,⁴ schwere Rückschläge für die Exportbranchen Glas und Leinen sowie für die Eisenindustrie gegenüber. Der Techniktransfer aus England kam ins Stocken, wodurch sich der Rückstand Österreichs gegenüber dem fortgeschrittensten Industrieland zweifellos vergrößerte.

Merkwürdig ist, dass Freudenberger den „Staatsbankrott“ 1811 als Wendepunkt von der Wachstumsphase zur Stagnation bezeichnet, erlebte die österreichische Wirtschaft, insbesondere Niederösterreich, doch nach der Stabilisierungskrise 1812 in den Jahren 1813-15 einen von Krieg, Kongress und Inflation getriebenen Aufschwung. Erst 1816 kam es zum völligen Kollaps der Wirtschaft. „Der Friede ... beendete für Österreich nicht nur eine große Kriegsperiode, sondern auch die erste Epoche bürgerlicher Prosperität.“⁵

4. Stagnation und Konsolidierung

Die Phase von (1811 bzw.) 1816 bis mindestens Mitte der 1820er Jahre und längstens Ende der 1830er Jahre waren von wirtschaftlicher Stagnation gekennzeichnet. Zugleich erfolgten jedoch wichtige institutionelle Reformen und breiteten sich technische und organisatorische Innovationen aus, wodurch die Grundlagen für die folgende Wachstumsphase geschaffen wurden.

Die Ursachen der wirtschaftlichen Krise waren vielfältig:

➤ Die schlechten bzw. katastrophalen Ernten der Jahre 1814-17 lösten eine Hungersnot und die letzte große Krise alten Typs aus.

➤ Diese überlagerten sich mit den Nachwehen des Krieges und der Währungsstabilisierung. De facto bedeutete der sog. „Staatsbankrott“ von 1816 die Entwertung des für die Kriegsfinanzierung gedruckten Papiergeldes. Die Aufgabe der Einlösung des enormen Überhangs an Papiergulden wurde der neu gegründeten Österreichischen Nationalbank übertragen. Das Ziel einer gefestigten Währung wurde freilich erst 1820/21 erreicht.

➤ Die Stabilisierungskrise wurde im industriell-gewerblichen Bereich verschärft durch das nach Ende der Kontinentalsperre erneute Wirksamwerden der Konkurrenz englischer Produkte.

➤ Die zahlreichen Zusammenbrüche von Industrieunternehmen und Banken während dieser Stabilisierungs- und Anpassungskrise hatten tief greifende psychologische Folgen: Der Enthusiasmus für Erweiterungsinvestitionen und Neugründungen von Betrieben und die Grundstimmung des Optimismus mit ihren sich selbst erfüllenden Prophезeierungen waren für geraume Zeit dahin. Viele adelige Investoren zogen sich aus der Industrie zurück bzw. re-

duzierten ihre Beteiligungen oder beschränkten sich auf Betriebe auf Eigenland, was zweifellos negative Konsequenzen für den Industrialisierungsverlauf hatte.

➤ Anders als in Preußen lösten die schweren militärischen Niederlagen gegen Frankreich keinen grundlegenden und umfassenden Reformschub aus. Die Wirtschaftspolitik unter Franz II. (I.) war geprägt von Unsicherheit und Schwanken.

Zu den wichtigen punktuellen institutionellen Reformschritten zählten die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches 1812; die Gründung des Polytechnischen Instituts in Wien 1815; die Neuordnung der Grundsteuer auf der Basis des „Stabilen Katasters“ von 1817, die freilich auf Grund vieler Widerstände erst in den 1830er Jahren umgesetzt werden konnte; und das Patentgesetz von 1820. Das ABGB war eine Art Grundrecht des privatrechtlichen Liberalismus, verankerte es doch neben dem Schutz der Freiheit der Person jenen der Freiheit des Eigentums. Derartige Reformen werden von den verschiedenen Schulen der Institutionenökonomie als wesentliche Voraussetzungen wirtschaftlicher Entwicklung hervorgehoben, reduzierten sie doch Risiken und Unsicherheiten privater Akteure: „Such an institutional arrangement benefits an economy by specifying property rights and reducing transaction costs of various types.“ (S. 66) Österreich wurde im Vormärz noch kein Verfassungsstaat, aber es wandelte sich zum Rechtsstaat, tat den großen Schritt ins bürgerliche Zeitalter. „Oddly enough for a ‚reactionary‘ state, many barriers to economic growth had been eliminated in the Austrian empire by 1830 and the institutional foundations had been laid for the potential industrialization of the country.“ (S. 20)

5. Nachhaltiges Wachstum

In jüngerer Zeit scheint unter den Wirtschaftshistorikern weitgehend Einigkeit darüber zu bestehen, dass nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Österreich etwa zwischen 1825 und 1835 einsetzte. Gemäß Freudenberger gewann die österreichische Wirtschaft erst um 1835 neuen Schwung. So wie Alois Brusatti, Herbert Hassinger, Nachum Gross, Richard Rudolph und Gustav Otruba⁶ sieht er die 1830er Jahre als „originating period of Austrian industrialization“ (S. 18), als „staging ground for a new and more powerful forward thrust in Austria's economic development“ (S. 19). Für Franz Baltzarek und John Komlos⁷ setzte modernes Wirtschaftswachstum bereits um das Jahr 1825 ein. Ebenso urteilt Roman Sandgruber: „Das Jahr fünf nach 1825 wird häufig als der eigentliche Beginn der österreichischen Industrialisierung bezeichnet, als der erste Aufschwung, der nicht sofort von einer Periode der Stagnation wieder zunichte gemacht wurde. ... Zwischen 1825 und 1829 fand in der Textil- und Eisenindustrie eine beträchtliche Produktionsausweitung statt. ... Die Zeitspanne zwischen 1825 und 1844 stellte eine relativ lange Aufschwungphase dar, die von vergleichsweise geringen konjunkturellen Krisen unterbrochen war.“⁸

6. Unternehmerische Initiativen

Besonders interessant sind Freudenbergers Ausführungen über die Initiativen bedeutender Unternehmerpersönlichkeiten während der Beobachtungsperiode. Spezielle Aufmerksamkeit widmet er Adeligen in der Rolle gewerblich-industrieller Unternehmer (Kapitel 8): „They were without question an important contributing force to Austrian

economic development from the 1750s to the 1830s.“ (S. 243) Mehr als ihre Standesgenossen in den meisten anderen westeuropäischen Ländern waren die grundbesitzenden Aristokraten in den Alpen- und den Böhmisches Ländern im nicht-landwirtschaftlichen Bereich unternehmerisch tätig. Dieses starke Engagement ging nicht zuletzt auf erheblichen Druck seitens des Hauses Habsburg im 18. Jahrhundert zurück, wie Freudenberger betont.

Sieht man von den Aktivitäten der Schwarzenberg'schen Investitionsbank ab, fanden diese Investitionen in der Regel auf den ländlichen Gütern der Adeligen statt. Dort waren mehr oder weniger brachliegende Rohstoffe (wie Holz, Erze) und (meist saisonal) unterausgelastete Arbeitskräfte verfügbar.

Die Abgelegenheit dieser Standorte bildete jedoch ein entscheidendes Manko: „In the absence of good systems of transportation and communication these manorial enterprises could only make comparatively weak contributions to the industrialization of the monarchy in the first half of the nineteenth century.“ (S. 243) In den 1810er Jahren schränkten – wie erwähnt – viele Aristokraten ihre industriellen Engagements ein.

Sehr anschaulich kann anhand der Berichte Freudenbergers über die unternehmerischen Aktivitäten der ausgesuchten Adeligen die Entwicklung der Organisation gewerblich-(pro-)industrieller Produktion verfolgt werden. Auf den ländlichen Gütern der industriell tätigen Aristokraten fanden sich im 18. und im frühen 19. Jahrhundert – stark vereinfachend – v. a. zwei Organisationsformen, die eine Kopplung landwirtschaftlicher und gewerblich-(pro-)industrieller Tätigkeiten ermöglichten: 1.) Die Angehörigen von Bauernfamilien waren als Heimarbei-

terInnen im Rahmen eines Verlagssystems tätig. 2.) Adelige Grundbesitzer beschäftigten ihre abhängigen Bauern in ihren Profabrikanten als Lohnarbeiter, wobei auch Zwang im Spiel war. Beide Organisationsformen werden dem Begriff „Protoindustrialisierung“ zugeordnet.

Im 18. Jahrhundert existierten auch Unternehmen, welche verlagsmäßig organisierte ländliche Heimarbeit mit einer großen, zentralisierten Produktionsstätte (Manufaktur, Profabrik) kombinierten. Das bekannteste Beispiel hierfür ist die Linzer Wollmanufaktur, welche einschließlich der Peripherie zeitweilig 45.000 Beschäftigte hatte. Sandgruber schreibt über den bäuerlichen Weg in den Kapitalismus, den Mitteleuropa – im Unterschied zu England – einschlug, „in welchem der traditionelle agrarische Familienbetrieb und die gewerbliche kleine Warenproduktion komplexe Beziehungen mit dem sich entwickelnden Kapitalismus eingingen“.⁹

Freudenberger betont die vielfältigen Lerneffekte, die von protoindustriellen Arrangements ausgingen: „Viewed from a long-run development perspective, these types of working arrangements could contribute to the process of learning how to operate more within market relationships and becoming used to work discipline, both important elements of the process of industrialization.“ (S. 42) Hinzu kam organisatorisches Lernen der Unternehmer und leitenden Angestellten, welches aus dem Umgang mit den logistischen Problemen eines großflächigen Ver-

lagssystems, möglicherweise in Verbindung mit einer zentralen Produktionsstätte, resultierte.

Abschließend sei der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass bald eine deutliche Übersetzung dieses wichtigen Werks erscheinen möge.

Michael Mesch

Anmerkungen

- ¹ Good (1986) 49.
- ² Sandgruber (1995) 177.
- ³ Rumpler (1997) 119.
- ⁴ Good (1986) 40.
- ⁵ Rumpler (1997) 121.
- ⁶ Otruba (1971) 575.
- ⁷ Komlos (19) 60f.
- ⁸ Sandgruber (1995) 178f.
- ⁹ Ebendort 174.

Literatur

- Good, David, Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreichs 1750-1914 (Wien u. a. 1986)
- Komlos, John, The Habsburg Monarchy as a Customs Union (Princeton 1983).
- Otruba, Gustav, Österreichs Industrie und Arbeiterschaft im Übergang von der Manufaktur- zur Fabrikarepoche (1790-1848), in: Österreich in Geschichte und Literatur 15 (1971) 569-604.
- Rumpler, Helmut, Österreichische Geschichte 1804-1914. Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall der Habsburgermonarchie (Wien 1997).
- Sandgruber, Roman, Österreichische Agrarstatistik 1750-1918 (München 1978).
- Sandgruber, Roman, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Wien 1995).